

## Lebhafte Diskussion um Fracking

In einer Art Goldgräberstimmung haben Erdgasunternehmen in den letzten Jahren ihr Interesse an unkonventionellem Erdgas in NRW bekundet. Mit der sogenannten Fracking-Technologie sollten Lagerstätten erschlossen werden, die mit der konventionellen Technik nicht erreichbar waren. Bei der umstrittenen Technologie werden Chemikalien in die Erde gepumpt, um das im Gestein sitzende Erdgas unter Druck hervor zu holen. Mehr als die Hälfte der Landesfläche NRW ist mittlerweile an mehr als 20 Unternehmen als Erkundungsgebiet vergeben worden.

Die Sorge um Trinkwasser- und Umweltschutz hat jedoch vielfach Widerstand und Protest ausgelöst. Erfahrungen aus den USA und anderen Ländern zeigen, dass die Technologie bisher unkalkulierbare Risiken birgt. Deshalb hat die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben,



dessen Ergebnisse durch Umweltminister Remmel und Wirtschaftsminister Duin im September vorgestellt wurden. Auch wenn noch nicht ausreichend Informationen zur Verfügung stehen, um eine abschließende Beurteilung vornehmen zu können, sehen die Wissenschaftler doch an vielen Stellen des Aufsuchungs- und Gewinnungsprozesses Risiken, nicht zuletzt auch bei der Frage, wie mit den Abwässern umgegangen wird.

Um das Gutachten und seine Konsequenzen mit Minister Remmel und den Gutachtern ausführlich zu diskutieren, lud die Grüne Fraktion zu einer Veranstaltung in den Landtag ein, die erstmals auch per Livestream übertragen wurde. Die Diskussion, an der neben rund 80 Bürgerinnen und Bürgern auch Umweltminister Johannes Remmel und die Gutachter teilnahmen, zeigte unter anderem, dass das Bergrecht auf Bundesebene dringend einer Überarbeitung bedarf. Es wurde deutlich, dass eine umfassende parlamentarische und gesellschaftliche Debatte zum weiteren Umgang mit der Fracking-Technologie geboten ist. ■



## Schneider: Praxisgebühr abschaffen

Ein deutliches Signal für die Abschaffung der bürokratischen Praxisgebühr hat der nordrhein-westfälische Landtag auf Initiative der FDP gesetzt. „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung ebenfalls für die Abschaffung der Praxisgebühr einzusetzen“, sagte Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Der FDP-Antrag wurde mit den Stimmen von FDP, SPD, Grünen und Piraten im Landtag beschlossen. Die Gesundheitsexpertin der FDP hob in der Plenardebatte hervor, dass von der Abschaffung der Praxisgebühr sowohl Patienten als auch Ärzte profitieren. „Die von Rot-Grün 2003 eingeführte Praxisgebühr hat sich nicht bewährt. Sie hat ihr Ziel verfehlt, die Eigenverantwortung der Patienten zu stärken und Arztbesuche in

Bagatellfällen zu vermeiden“, betonte Schneider.

Studien belegen, dass die erwünschte Steuerungswirkung ausgeblieben und stattdessen ein unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand entstanden ist. „Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung muss eine Arztpraxis jährlich 120 Stunden allein für Einzug und Verwaltung der Gebühr aufwenden. Diese Zeit sollte künftig den Patientinnen und Patienten unmittelbar zugutekommen“, betonte Schneider.

Zudem werden die Patienten pro Jahr mit etwa 2 Milliarden Euro belastet, die zu Mehreinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen führen,



Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion

die aufgrund der guten Finanzlage der Kassen nicht benötigt werden. Schneider unterstrich: „Die Abschaffung der Praxisgebühr ist finanzierbar.“ Verbraucherschützer und sogar Krankenkassen haben sich unlängst für eine Streichung der Praxisgebühr ausgesprochen. Mit der Zustimmung zur FDP-Initiative stellt der Landtag fest, dass die Praxisgebühr unwirksam ist und abgeschafft werden soll. ■



## Landesregierung baut Luftschlösser

In ihrer Regierungserklärung hat Frau Kraft zahlreiche Initiativen und Programme in vielen wichtigen Themenbereichen angekündigt. Viele dieser Maßnahmen machen inhaltlich Sinn, aber sind letztendlich doch nur Luftschlösser. Sämtliche Vorschläge stehen unter Finanzierungsvorbehalt und entpuppen sich damit als potenzielle Wackelpositionen. Den Worten müssen Taten folgen. Die Piratenfraktion wird sich aus ihrer Oppositionsrolle heraus konstruktiv an der Umsetzung beteiligen.

Ein Schwerpunkt wird dabei das Thema Bildung sein. In NRW werden für Digitalmedien in Schulen pro Kopf und Jahr etwa 51 Cent ausgegeben, ein Fünftel von dem, was in Finnland investiert wird. Bildung ist bei uns unterfinanziert, wodurch wir zum Schlusslicht Europas wurden. Der Koalitionsvertrag sieht vor, bis

2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben aufzuwenden. Die Vorgabe muss weiter erhöht werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist, trotz Schulfriedens, das gegliederte Schulsystem.



Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender

Es verstärkt nach wie vor die Problematik, dass Bildungserfolg auch in NRW weiterhin zu stark von der sozialen Herkunft abhängig ist.

Außerdem müssen die Schulen im 21. Jahrhundert ankommen. Für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe in der Informations- und Wissensgesellschaft ist der kompetente Umgang mit den mittlerweile nicht mehr ganz so neuen Medien unabdingbar. Wir brauchen eine landesweite „IT-Initiative Bildungsinnovation“. Die Piraten setzen sich unter anderem dafür ein, landesweit die Schüler ab Klasse 5 mit digitalen Endgeräten auszustatten. ■

